

Gemeinsames Positionspapier zum vorliegenden Entwurf zur Fortschreibung der Schulnetzplanung im Kyffhäuserkreis für die Jahre 2013-2018

Der Kyffhäuserkreis, vor dessen Bildung die Landkreise Artern und Sondershausen, ist seit mehr als zwanzig Jahren von einem tiefgreifenden Strukturwandel betroffen. Auch wenn inzwischen zahlreiche „Leuchttürme“ entstanden, bleiben der großflächige Verlust industrieller Arbeitsplätze, ein schmerzlicher Bevölkerungsrückgang und die daraus zwangsläufig folgende Finanzschwäche der meisten kommunalen Haushalte des Kyffhäuserkreises prägende Merkmale unserer Heimatregion.

Damit einher gingen substanzielle Veränderungen in der sozialen Infrastruktur, den Schulbereich ausdrücklich inbegriffen. So verringerte sich zwischen 1994 und 2013 die Anzahl der staatlichen Schulen im Kyffhäuserkreis von 65 auf 30. Besonders im Bereich der Grundschulen (von 37 auf 15) und der Regelschulen (von 17 auf 8) war dieser Anpassungsprozess schmerzlich. Die Folge waren nicht nur längere Schulwege und -zeiten. Besonders dann, wenn die letzte verbliebene Schule eines Ortes aufgehoben wurde, ging ein wichtiger sozialer Kristallisationspunkt verloren.

Seit dem 29. April 2013 liegt nunmehr der Entwurf der Kreisverwaltung zur Fortschreibung der Schulnetzplanung im Kyffhäuserkreis für die Jahre bis 2018 vor. Es ist ein längst überfälliges, mutiges, schlüssiges und nachhaltiges Konzept. Grundsätzlich bietet es eine fundierte Grundlage, um die langjährig bekannten massiven Herausforderungen in der Schullandschaft des Landkreises aufzuarbeiten.

Falsche schulpolitische und finanzielle Weichenstellungen des Landes in den Jahren bis 2009 und des Landkreises in den letzten 22 Jahren sind die Hauptursache für die außerordentlich komplizierte Situation. Dafür trägt die CDU die politische Hauptverantwortung. Insbesondere die Weigerung notwendige Veränderungs- und Anpassungsprozesse aktiv und verantwortlich zu gestalten, haben zu einer Zuspitzung an vielen Standorten geführt, die für Schüler, Eltern und Lehrer nicht mehr länger zumutbar ist. Mit dem Aussetzen des Beschlusses zur Fortschreibung der Schulnetzplanung im Jahr 2011 wurde außerdem wertvolle Zeit verschenkt. Der nunmehr betriebene „Paradigmenwechsel“ der Kreis-CDU ist unglaublich, widersprüchlich und von politischem Opportunismus dominiert. Sie zielt auf die „Vergesslichkeit“ der Wähler. Wer viele Jahre lang Schulstandorte dem Verfall preisgibt, die Sicherheit der anvertrauten Kinder nur nach Kassenlage gewährleistet, mut- und tatenlos wichtige Anpassungsprozesse dem Selbstlauf überlässt handelt verantwortungslos. Der Kreis-CDU fehlt die moralische Legitimation sich über diejenigen zu entrüsten, die die entstandenen Defizite ausräumen.

Im Ergebnis des laufenden Diskussions- und Anhörungsverfahrens zum eingebrachten Schulnetzplanungsentwurf der Kreisverwaltung haben sich die Landrätin und die Kreistagsfraktionen der Fraktion die LINKE und der SPD/GRÜNE zusammengefunden, um wichtige Ergebnisse zu fixieren und der Umsetzung zuzuführen. Dabei wurde herausgestellt, dass der Prozess der Schulnetzplanung sehr transparent gestaltet wurde. Die Meinungen von Eltern, Lehrern und Kommunen, ob in schriftlicher oder mündlicher Form geäußert, wurden im Positionspapier berücksichtigt. Die Unterzeichner stellen sich im Beratungs- und Entscheidungsprozess zur Fortschreibung der Schulnetzplanung ihrer Verantwortung und tragen mit ihrer Gestaltungsmehrheit im Kreistag des Kyffhäuserkreises gemeinsam folgende Positionen:

1. Oberste Priorität hat die Sicherheit der Schüler und des gesamten Personals an den staatlichen Schulen im Kyffhäuserkreis. Die Kreisverwaltung wird daher bis zum 31.08.2013 ein konkretes Maßnahmenpaket zur Beseitigung der festgestellten Mängel

vorlegen. Wir werden die finanziellen Prioritäten so ordnen, dass eine unverzügliche Umsetzung ermöglicht wird. Damit wird die viele Jahre währende Praxis der Sicherheit nach Kassenlage durch eine Sicherheit nach Gesetzeslage ersetzt.

2. Das Schaffen vergleichbar guter Lehr- und Lernbedingungen für alle Schulen im Kyffhäuserkreis wird Leitbild für die weitere Entwicklung des Schulnetzes im Kyffhäuserkreis.
3. Der Bestand der Grundschulen Hohenebra, Rottleben und Udersleben wird zugesichert. Sie sollen nur unter der Voraussetzung aufgehoben werden, wenn in mindestens zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren die Schülerzahl von 15 pro Klasse unterschritten wird. Investitionen, die über den Brandschutz hinausgehen, sind unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, nicht vorgesehen.
4. Von dem im Entwurf zur Fortschreibung der Schulnetzplanung vorgesehenen Gebäudetausch zwischen der RS Juri Gagarin und dem Kyffhäusergymnasium wird abgesehen. Vielmehr wird im Ergebnis der Anhörung entsprechend des Vorschlages des Bürgermeisters der Stadt Bad Frankenhausen am Standort bzw. in unmittelbarer Nähe zum Haus I des Kyffhäusergymnasiums der Ersatzbedarf für das aufzugebende Haus II geschaffen werden.
5. Die Bildung einer Thüringer Gemeinschaftsschule in Greußen unter räumlicher Einbeziehung der GS Greußen wird befürwortet. Die dafür erforderlichen baulichen Voraussetzungen (Ersatzneubau auf dem Gelände des derzeitigen Gymnasiums) sind wichtig für die nachhaltige Umsetzung dieser Entscheidung.
6. Die Zusammenführung der beiden Förderschulteile Artern und Bad Frankenhausen wird im Schulobjekt Artern, Kirchstraße erfolgen. Vor der Konzentration wird der behindertengerechte Ausbau der Immobilie am gemeinsamen Standort vorgenommen.
7. Die GS Am Tischplatt Bad Frankenhausen wird nach Abschluss der hierfür notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen am Schulgebäude Feldstraße in dieses verlagert.
8. Die Aufgabe des Hauses II der RS Ebeleben wird bei bedarfsgerechter Schaffung neuer Kapazitäten am Haus I erfolgen.
9. Der Ersatzneubau für die-, oder bei vorliegenden Voraussetzungen die Sanierung des Gebäudes der RS Franzberg Sondershausen wird aktiv unterstützt und schnellstmöglich realisiert.
10. Die Borlach-Regelschule in Artern bleibt an ihrem derzeitigen Standort.
11. Sollten die Bestrebungen des Landkreises zur Modifizierung und Weiterführung des bestehenden Vertragsverhältnisses zwischen dem Kyffhäuserkreis und der Stiftung Klosterschule Roßleben bis zum Ende des Kalenderjahres 2013 kein rechtskonformes- und nachhaltiges Ergebnis erbringen, wird der Landkreis als Schulträger entweder in Artern oder in Roßleben eine Thüringer Gemeinschaftsschule mit Abiturstufe (Klassen 5 bis 12) errichten.
12. Die SBBS Artern wird zum Ende des Schuljahres 2013/2014 aufgehoben und als Schulteil eines SBZ Kyffhäuserkreis weitergeführt. Über eine eventuelle Verlagerung von

Ausbildungsgängen innerhalb der Schulteile ist in Abhängigkeit von der Planung des TMBWK zum Berufsschulnetz zum gegebenen Zeitpunkt zu entscheiden.

13. Die Schließung der GS Keula wird, wie im vorliegenden Schulnetzplanentwurf verankert, zum Ende des Schuljahres 2014/2015 erfolgen.
14. Die Verlagerung der Schmücke-Grundschule von Heldrungen nach Oldisleben wird vollzogen, sobald am neuen Standort ausreichende und geeignete räumliche Voraussetzungen geschaffen wurden.
15. Da die Aufwendungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zur Finanzierung der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen höher ausfallen als beim ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung, wird ein „Solidarpakt Schule“ gebildet werden. An diesem sind neben dem Landkreis die Städte und Gemeinden sowie potenzielle Schulförderer (u.a. Schulfördervereine) in angemessener Weise zu beteiligen. Ziel ist es, zusätzliche Fördermöglichkeiten zu akquirieren und die mit diesem Positionspapier entstehenden finanziellen Mehrbelastungen gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung ohne Erhöhung der Kreisumlage zu kompensieren. Sollte dies nicht möglich sein, kann auch dies ein notwendiger Schritt zur Umsetzung der Maßnahmen im geänderten Schulnetzplan sein. Wir machen Bildungspolitik, die sich zuerst an den Notwendigkeiten für eine gute und gerechte Schule orientiert und die nicht nach Kassenlage ausgerichtet wird. Unsere Kinder sind unser wertvollstes Gut, sind unsere Zukunft und unsere oberste Priorität. Gute Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition.

Wir würden es ausdrücklich begrüßen, wenn sich alle demokratischen Parteien unserem Vorschlag anschließen.